



Annette Vollmar,
Sprecherin im
SV Koblenz,
46 Jahre alt,
Lehrerin,
Erste Vorsitzende
des Personalrats

DIE LINKE.
Stadtverband Koblenz

Eckdaten:

- *seit über 25 Jahren linkspolitisch aktiv, zunächst parteilos (Antifa, Bürgerradio, Eine-Welt-Tisch, Infoladen, attac...)*
- *seit Juli 2013 Parteimitglied*
- *seit fünf Jahren für die Gestaltung der Homepage des SVs zuständig*
- *seit Januar 2017 Mitglied des Sprecher*innenrates in Koblenz*
- *Delegierte für den Landesausschuss (seit 2017)*

Berufliches:

- *Lehramtsstudium an der Universität Paderborn, Referendariat am Carl-von-Ossietzky-Gymnasium in Bonn (im Anschluss Vertretungsstelle dort)*
- *seit 14 Jahren Lehrerin für Deutsch und Kunst am Megina-Gymnasium in Mayen*
- *bereits in der zweiten Wahlperiode mit großer Stimmenmehrheit in den Örtlichen Personalrat gewählt worden und damit Erste Vorsitzende*

Bewerbung:

Hiermit bewerbe ich mich um meine Aufstellung auf Platz 2 der Landesliste von DIE LINKE. Rheinland-Pfalz zur Bundestagswahl 2021.

Gründe für meine Wahl auf die Landesliste:

Der Vorschlag, auf einem Listenplatz für die Bundestagswahl zu kandidieren, hat mich erfreut und mich dazu motiviert, mich um ein Mandat zu bewerben, bei dem ich mich tagtäglich und zu hundert Prozent auf das politische Arbeiten konzentrieren kann.

Als Mitglied des Sprecher*innenrates liefere ich kreative Ideen, um Info.-Stände attraktiver zu machen, arbeite mich schnell und gründlich in Themengebiete ein, sodass überzeugende Flyer entstehen, ebenso wie ein Kommunalwahlprogramm, mit dem wir den Einzug in den Stadtrat mit Fraktionsstärke schaffen.

Ich bin als engagierte Aktivistin „auf der Straße“ zu finden, die aus Idealismus für eine gerechtere Gesellschaft kämpft; ich formuliere Artikel für Homepage und Printmedien, bin immer zuverlässig bei der Organisation und Durchführung von Veranstaltungen oder Aktionen zur Stelle, sodass alle aus dem SV Koblenz bestätigen, dass man mit mir gut Politik machen kann. Dass ich als studierte Germanistin auch die entsprechenden rhetorischen Fähigkeiten mitbringe, versteht sich von selbst.

Innerparteiliche Vorhaben:

- Einrichten landesweiter LINKE-Büros an wichtigen „Knotenpunkten“ - in Absprache mit dem/der Kandidat*in auf Listenplatz 1; dabei Erhalt bestehender Büros, die sich bereits vor Ort etabliert haben, bessere Vernetzung derselben
- Einstellen zusätzlicher fachlich versierter Mitarbeiter*innen, die auf Landesebene mit landesspezifischen Themen Politik machen
- eine enge Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand, ebenso wie ein regelmäßiger Kontakt zu den Kreis- und Stadtverbänden
- eine professionelle, moderne Öffentlichkeitsarbeit
- Transparenz bezüglich der für Büro- und Mitarbeiter*innen vom Bund zur Verfügung gestellten finanziellen Mittel; die Mitglieder haben in meinen Augen das Recht zu wissen, wie mit Steuergeldern verfahren wird

Konkrete politische Vorhaben in der nächsten Legislaturperiode:

- unabhängige Meldestellen für Opfer von Polizeigewalt und unabhängige Kontrollmechanismen schaffen
- Organisation einer Veranstaltungsreihe „Politiker*innen fragen Betroffene“ zu den Themen Armut/ Erwerbslosigkeit, institutioneller Rassismus, Polizeigewalt, LGBTIQ, Umwelt und Klimapolitik, Beschäftigte im Gesundheits- und/oder Bildungswesen usw.
- enge Zusammenarbeit mit NGOs, z.B. „Seebrücke“, „Greenpeace“, „Ende Gelände“ ...
- Legalisierung von Containern, Neugestaltung des Umgangs mit Lebensmitteln
- sozialverträgliche Umsetzung von Smart-City-Konzepten; Digitalisierung vorantreiben
- Einbezug der LSV (LandeschülerInnenvertretung) bzw. BSK (Bundeschülerkonferenz) bei der Neugestaltung von Schule allgemein und Lehr- und Lernplänen im Besonderen, u. a. bezüglich deren Idee zum Ersatz des Religions- durch Ethikunterricht (s. auch „JES!“)

Meine allgemeine politische Zielsetzung:

Wir LINKE müssen eine noch klarere antikapitalistische Haltung zeigen. Denn in der Abkehr von kapitalistischen Prinzipien hin zu einer Wirtschaftsdemokratie, die von sozialistischen Grundideen geprägt ist, lassen sich verschiedene Ziele von DIE LINKE vereinen, die fälschlicherweise oftmals in Konkurrenz zueinander zu stehen scheinen: Eine von internationaler Solidarität geprägte Flüchtlingspolitik, eine gerechtere und friedlichere Gesellschaft, Klimapolitik und eine Bildungspolitik, die diesen Namen verdient.

Antikapitalismus bedeutet, Existenzängste ernst zu nehmen, denn die Menschen fühlen sich zu Recht machtlos und ungerecht behandelt.

Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete halten hier als „Sündenbock“ her; sozial Benachteiligte werden gegen sozial Benachteiligte ausgespielt, wobei die wahren Gründe für die prekäre Situation, in der sich eine immer weiter ansteigende Anzahl an Bürger*innen befindet, verschleiert werden.

Wer unter Existenzängsten leidet, wird dabei leichter Opfer von einem von Egoismus getriebenen Rassismus. Politik für sozial Benachteiligte darf aber nicht an Landesgrenzen haltmachen, andernfalls wird die Idee einer internationalen Solidarität ad absurdum geführt.

Stattdessen muss meiner Meinung nach an den tatsächlichen Stellschrauben gedreht werden, wozu im Folgenden beispielhaft einige Ziele genannt werden, die jede linkspolitische Arbeit zum Gegenstand haben sollte:

- gerechteres Steuersystem/ Erbschaftssteuer/ Vermögens- bzw. Millionärssteuer
- Neugestaltung der Arbeitswelt: Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte werden stärker kollektiv und demokratisch gestaltet, natürlich auch unter Berücksichtigung der Geschlechtergerechtigkeit
- in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften: bessere Bezahlung, Verkürzung der Arbeitszeit
- neue, attraktive Arbeitsstellen in Bildung, Pflege und Gesundheitsversorgung
- keine Privatisierungen/ keine Orientierung an privaten Profiten, vor allem im Bildungs- und Sozialbereich; die Gesellschaft muss verstärkt selbst über Produktionsmittel und Erbringung von Dienstleistungen verfügen können
- sanktionsfreie Mindestsicherheit, kein „Job-Center-Terror“, Abschaffung von Hartz IV
- Kontrolle der Finanzmärkte

Antikapitalismus bedeutet auch Klimafreundlichkeit, denn es sind kapitalistische Überlegungen und der Lobbyeinfluss mächtiger Konzerne, die zur Folge haben, dass z. B. klimafeindliche Energiequellen wie Kohle weiterhin subventioniert werden, während die Solarindustrie mit empfindlichen politischen Beschneidungen zu kämpfen hat.

Um ein weiteres Beispiel zu nennen, sei der ÖPNV genannt. Dieser kann nur dann als überzeugende Alternative zum klimaschädlichen Individualverkehr dienen, wenn Klimaziele und Bürger*inneninteressen (umweltfreundliche Antriebstechnik, Taktung, Streckenausbau usw.) wichtiger als eine Gewinnmaximierung sind.

Antikapitalismus bedeutet darüber hinaus eine Demokratie, die tatsächlich auf Volkssouveränität basiert, denn zurzeit wird politische Herrschaft nicht (immer) im Interesse des Volkes wahrgenommen. Wir brauchen Transparenz im Bereich von Medienstrukturen und von Lobbyarbeit, mehr direkte Demokratie und Bürger*innenbeteiligung. Die Freiheit und Interessen der/s Einzelnen, auch bezüglich seiner/ihrer Art zu leben und zu lieben, sind unbedingt zu wahren.

Das bedeutet auch, dass der Wunsch einer großen Mehrheit unserer Bevölkerung nach einem friedlichen Miteinander nicht der menschenverachtenden Gier des „Kapitals“ nach Rüstungsexporten und Aufrüstung unterworfen wird.

Antikapitalismus bedeutet in meinen Augen eine gute Bildungspolitik. Denn die Regierungen der letzten Jahre haben lieber den Bundeswehretat statt der Ausgaben für Bildung und Forschung erhöht, sodass man in unserem reichen Deutschland nun von einem „Bildungsnotstand“ spricht. Die Folgen erleben Heranwachsende täglich: Überfüllte Klassenräume, zu wenig Lehrkräfte, Ablehnung des Zwei-Lehrer-Systems, Realschule plus/ Abschaffung der Hauptschulen statt deren Neugestaltung, fehlende Sozialarbeiter*innen und Schulpsycholog*innen, mangelnder Wohnraum für Studierende, ein desaströses Bafög, mangelhafte Chancengleichheit ... – eine Investition in die Zukunft unserer Kinder und damit in die Zukunft unseres Landes sieht nun wirklich anders aus.

Wir LINKE müssen uns besonders dafür einsetzen, dass der Bildungsgrad der Eltern nicht länger über die schulischen Chancen der Kinder entscheidet, z. B. indem die Idee der Integrierten Gesamtschule als Ganztagschule überarbeitet wird, sodass diese Schulform die dreigliedrige ersetzen kann. Es muss zudem allen Kindern ein ganztätiger und gebührenfreier Besuch von Kindertagesstätten ermöglicht werden.

Darüber hinaus brauchen die Kommunen mehr Geld, damit gut ausgebildetes Lehrpersonal in größerem Rahmen Zusatzunterricht für geflüchtete Kinder- und Jugendliche durchführen kann.

Ich wünsche mir eine hierachiefreiere Schule, die eine Entwicklung der Schüler*innen hin zu selbstständigen, demokratiefähigen, kritischen und - klar - antifaschistisch und tolerant denkenden Mitbürger*innen unterstützt (siehe erster Paragraph des rheinlandpfälzischen Schulgesetzes) und dabei individuelle Interessen und Fähigkeiten fördert.

Als MdB werde ich weiterhin „klare Kante“ zeigen, denn nur, wenn wir als LINKE konsequent antikapitalistische und antifaschistische Politik machen und Solidarität und Gerechtigkeit für alle Menschen fordern, behalten wir unsere Glaubwürdigkeit und nur das wird auf lange Sicht auch die Stimmen der Wähler*innen bringen, die Idealismus schätzen und sich von der Lobbyarbeit und dem Machtstreben anderer Parteien abwenden.